

Fragwürdiger „Zug von Recht und Gesetz durch die Gemeinde“.

Pressemitteilung vom 14. 3. 2018.

Zum gleichnamigen WAZ-Artikel vom 14. 3. 2018 liegt eine Stellungnahme des AfD-Kreisverbandes vor.

Grundsätzlich begrüßt der AfD- Kreisverband Oberhausen jeden Ansatz, dem Rechtsstaat wieder Geltung zu verschaffen und verloren gegangenes Terrain im öffentlichen Raum endlich zurück zu erobern. In der Gesamtbetrachtung des abendlichen Einsatzes gegen Dealer am Dienstag, den 12. 3. 2019, fällt unsere Bewertung aber durchwachsen aus.

Warum leitete der Rechtsdezernent Frank Motschull einen solchen Einsatz, der der Kriminalitätsbekämpfung dienen soll? Seine berufliche Qualifikation und Tätigkeit als Rechtsanwalt, und eben nicht als Staatsanwalt, hat nur bedingt Berührungspunkte mit praktischer Drogenfahndung. In der Analyse dieser Aktion ist hier klar zu differenzieren zwischen Einsatzleitung und Einsatzkoordination! Ob hier individuelle Profilierung oder Kompetenzen im Vordergrund standen, verdient eine kritische Nachfrage?!

Im Ergebnis brachte diese Maßnahme, gemessen am Personaleinsatz (30 Personen!), nur überschaubare Erfolge. Ein paar sogenannte „kleine Fische“ gingen ins Netz und werden vermutlich von der Justiz als Bagatellfälle abgehandelt werden. Der AfD- Kreisverband Oberhausen begrüßt die Idee eines permanenten Strafverfolgungsdrucks durch den Rechtsstaat im kriminellen Milieu, gibt aber zu bedenken, dass dieser mit vorhandener Personalkapazität nicht dauerhaft aufrecht erhalten werden kann.

Deshalb fordern wir für den Bereich der aktiven Kriminalitätsbekämpfung eine erhebliche Aufstockung von Polizeikräften und deren verstärkte Sichtbarkeit im alltäglichen Stadtbild, jenseits solcher letztendlich wirkungslosen Einzelaktionen!